



FOCUS vom 05.09.2020, Nr. 37, Seite 58 / Wirtschaft

INDUSTRIE
RUNDfunk

Der Kabelbruch

Wirtschaftsminister Peter Altmaier will den Markt für TV und Breitband reformieren. Das Geschäft der Kabelanbieter wird unbequemer



Monitor-Minister Peter Altmaier, 62, will mit der Reform Internetfernsehen attraktiver machen Foto: Michael Kappeler/dpa

Peter Altmaier, 62, hat nicht gerade den Ruf, ein Marktwirtschaftler Erhard'scher Prägung zu sein. Mit der Novelle des **Erneuerbare-Energien**-Gesetzes (EEG) beispielsweise führt der Bundeswirtschaftsminister gerade die Planwirtschaft der vergangenen Jahre fort. Auch mit seinem Konzept zur Industriepolitik brachte der CDU-Poli-tiker viele Unternehmer gegen sich auf. Umso mehr überraschen Altmaiers neue Pläne zum Fernseh- und Breitbandmarkt. Der Minister will für mehr Wettbewerb in der Branche sorgen. Ludwig Erhard hätte seine Freude. Doch wieder gibt es viel Kritik. Kernstück des Plans ist die Abschaffung der Umlagefähigkeit der Kabelgebühren. Künftig sollen diese nicht mehr auf alle Mieter in einem Haus umgelegt werden können. Das erschüttert die Basis des Geschäftsmodells der Kabelnetzbetreiber. Bislang schließen Vermieter oder Hausverwaltungen Verträge mit Netzbetreibern wie Vodafone oder PYUR ab, deren Kosten sie an die Mieter weiterreichen dürfen - egal ob Mieter oder einzelne Wohnungseigentümer das Kabelfernsehen auch wirklich nutzen. Den Netzbetreibern garantiert die Regelung bislang ein sicheres Geschäft. Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz schätzt, dass etwa zwölf Millionen Haushalte auf diese Weise sozusagen zwangsverkabelt sind. Das sind rund zwei Drittel aller Kabelnetzanschlüsse.

Bisherige Regelung aus den 80er Jahren

Die Regelung stamme noch aus den 80er Jahren und sei ein "Relikt zur Ankurbelung der Kabelnetzversorgung", heißt es deshalb bei Altmaiers Leuten. Auch die Monopolkommission kritisiert dieses "Nebenkostenprivileg". Wer legt sich schon digital-terrestrisches Fernsehen (DVB-T), eine Satellitenanlage oder Internet-TV (IP-TV) zu, wenn bereits Kabelanschluss liegt, der ohnehin bezahlt werden muss? Entsprechend aufgeregt ist die Branche. Der deutsche Marktführer Vodafone warnt vor

deutlich höheren Kosten, weil etwa der Verwaltungsaufwand steige. Einzelne Anschlüsse müssten künftig freigeschaltet oder abgeklemmt werden. Hinzu kämen Marketingkosten oder das höhere Inkassorisiko. Einer Rentnerin, die bisher über die Nebenkosten 9,52 Euro im Monat für ihr Kabelfernsehen bezahlt, müsste man dann bei einem Einzelvertrag 19,99 Euro in Rechnung stellen, rechnet Vodafone vor. Der Branchenverband ANGA sieht sogar den Ausbau des schnellen Internets in Gefahr. Denn die Netzbetreiber bräuchten dafür Planungssicherheit. Die wäre natürlich nicht mehr vorhanden, wenn Mieter sich frei entscheiden könnten, ob sie ihr Fernsehprogramm wirklich via Kabel empfangen möchten. Solche Bedenken haben auch der Deutsche Städtetag und selbst FDP-Fraktionsvize Michael Theurer. Vor allem die kleineren und mittleren Netzbetreiber seien "darauf angewiesen, eine große Zahl von Kunden zu halten", sagt Theurer. Manche wittern gar eine Verschwörung zugunsten der Deutschen Telekom, die Internet-TV anbietet und zum Teil in Staatsbesitz ist. In Altmaiers Ministerium hält man die Kritik für Lobbylamente und ist sich der Unterstützung durch Verbraucherschützer sicher. Die Novelle führe zu mehr Wahlmöglichkeiten, sagt Michael Gundall, 43, von der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz - mit positiven Effekten für die Kunden. "Das führt in der Regel zu niedrigeren Preisen." Derzeit sei der Druck für Vermieter, einen günstigen Anbieter zu finden, nicht sehr hoch. Schließlich könnten sie die Kabelkosten einfach an die Mieter durchreichen. Mit der Reform würde sich das ändern. Auch der Deutsche Mieterbund (DMB) ist auf Altmaiers Seite. Allerdings will der Verband, dass Sammelverträge weiter über die Nebenkosten abgerechnet werden können. "Aber Mieter sollten ein Recht erhalten, von den Kosten befreit zu werden, wenn sie den Kabelanschluss nicht nutzen wollen", fordert DMB-Justiziar Stefan Bentrop.

Horst Seehofer blockiert die Novelle

Wann die Novelle in Kraft tritt, ist noch unklar. Denn auch innerhalb der Bundesregierung sind Altmaiers Pläne umstritten. Seit mehr als einem Monat ist der Entwurf in der sogenannten Ressortabstimmung mit anderen Ministerien. Das ist ungewöhnlich lange. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sperrt sich und will die Umlagefähigkeit beibehalten, heißt es. Bis zur Entscheidung werden also viele weiter für etwas bezahlen, das sie gar nicht nutzen. Oder sie schauen nicht übers Internet fern, sondern ganz traditionell via Kabelnetz - so wie Altmaier in seinem Ministerium auch. Die Anbieter, die er gerade gegen sich aufbringt, wird das freilich kaum trösten.

JAN GARVERT

Bildunterschrift:

Monitor-Minister Peter Altmaier, 62, will mit der Reform Internetfernsehen attraktiver machen

Foto: Michael Kappeler/dpa

| | |
|------------------------|--|
| Quelle: | FOCUS vom 05.09.2020, Nr. 37, Seite 58 |
| Ressort: | Wirtschaft |
| Rubrik: | INDUSTRIE |
| Dokumentnummer: | foc-05092020-article_58-1 |

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/FOCU_8234dcab819b5719fa080c6028b34f58baf17f39

Alle Rechte vorbehalten: (c) FOCUS Magazin-Verlag GmbH



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH